agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

AFRIKA/NIGERIA - Treffen des nigerianischen Präsidenten mit dem Rebellenanführer; Regierung erklärt sich bereit, 10% der Erdölerträge an die Region abzugeben: ein Schritt in Richtung des Kriegsendes im Nigerdelta?

Abuja (Fidesdienst) – Der nigerianische Staatspräsident Umaru Yar'Adua empfing in seiner Residenz den Anführer der im Nigerdelta agierenden Rebellenbewegung MEND, Henry Okah, zu Gesprächen über Friedensprozess.
Okah kam an Bord des Präsidenten-Jets aus Südafrika, wo er sich zu einer Reihe von ärztlichen Untersuchungen aufhielt, in die nigerianische Hauptstadt Abuja.
Es ist nicht klar, ob das Treffen als Antwort auf die Drohung der Wiederaufnahme der Gefechte im Nigerdelta anberaumt wurde. Ein Berater des Präsidenten erklärte unterdessen gegenüber der Presse, dass „Okah sehr fruchtbare Gespräche mit dem Präsidenten geführt hat. Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, mit jeder Person einen Dialog aufzunehmen, die zur Schaffung eines dauerhaften Friedens im Nigerdelta beitragen kann"
Im Juli 2009 hatte die Regierung bereits eine Amnestie für die Mitglieder der MEND angeboten, die sich bereit erklären, die Waffen niederzulegen. Daraufhin hatte die MEND einen 90tägigen Waffenstillstand ausgerufen und Gespräche mit dem Präsidenten gesucht. Außerdem wurde ein Mittlerausschuss geschaffen, der auch der Literaturpreisträger Wole Soyinka angehört. Vor kurzem hatten Vertreter der MEND mit der Weideraufnahme der Gefechte gedroht und eine Amnestie abgelehnt, da damit den Forderungen im Zusammenhang mit der Unterentwicklung und der ungerechten Behandlung der Bevölkerung in der Region nicht Rechnung getragen würde. Nach Angaben der Regierung sollen 8.000 Rebellen der verschiedenen Gruppierungen, die im Nigerdelta agieren, die Waffen bereits niedergelegt haben.
Das Nigerdelta ist die Region mit den größten Erdölvorkommen des Landes. Die Einwohner der Region beklagen, dass sie von den Gewinnen aus der Erdölförderung nicht profitieren. Wie die „Financial Times" berichtet, soll die Regierung sich bereit erklärt haben, 10% der Erdölerträge an die Region abzugeben, um die Einwohner zu besänftigen und die Rebellion zu beenden. (LM) (Fidesdienst, 20/10/2009)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it